

# Beschlüsse

## „Landwirtschaft, Umwelt“

### 1. Kostendeckender Preis für Nordseekrabben

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich auf EU-Ebene für eine Fangquote für Nordseekrabben einzusetzen, um die norddeutschen Krabbenfischer zu schützen und die Krabben ähnlich wie alle anderen Fische einer EU-weiten Fangquote zu unterziehen.

### 2. Vergabekriterien für Fördergelder betr. Landwirtschaftsförderung

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Vergabekriterien für Gelder, die die Entwicklung des ländlichen Raums fördern, zu überprüfen (ELER-Maßnahmen). Diese Kriterien sollen sich an Nachhaltigkeit und Diversifizierung orientieren. Dies gewährleistet, dass ausschließlich Kleinprojekte auf struktureller Ebene gefördert werden.

### 3. Deformiertes Obst und Gemüse

Der Landtag wird aufgefordert, bei den Landwirten darauf hinzuwirken, dass sie ihr der Norm nach deformiertes Obst und Gemüse als Nahrungsmittel verwerten, etwa bei Tafeln oder FoodCorps. Landwirte sollten Frischware nicht wegschmeißen müssen.

### 4. Verstärkte Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ)

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die bisherigen Mittel zur Förderung des Jugendbildungsdienstes „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ (FÖJ) von 800.000 Euro auf 1,3 Millionen Euro zu erhöhen und somit das ehrenamtliche Engagement für Gesellschaft und Umwelt, die praktische Arbeit in den Einsatzstellen für Natur- und Klimaschutz und auch die begleitenden Seminare zu Themen der Nachhaltigkeit anzuerkennen.

## „Hochschul- und Bildungspolitik“

### 5. Schaffen von zusätzlichen Studienplätzen

Der schleswig-holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, genügend Studienplätze zur Verfügung zu stellen, um allen AbiturientInnen den Studiengang ihrer Wahl zu ermöglichen. Der notwendige Sparkurs des Landes darf sich nicht negativ auf die Bildungschancen junger Menschen auswirken.

### 6. Einheitliche Bildungspolitik auf Bundesebene

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich durch eine Bundesratsinitiative für ein einheitliches Bildungssystem auf Bundesebene einzusetzen.

## **7. Mehr Geld für Schulen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Schulen mit mehr Geld ausgestattet werden, sodass sie mehr LehrerInnen einstellen, um die Schulklassengröße auf maximal 25 SchülerInnen zu reduzieren.

## **8. Einstellung von Lehrern zum Ausgleich von Unterrichtsausfällen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass es den Schulen möglich ist, LehrerInnen für Unterrichtsausfälle einzustellen, um diese möglichst gering zu halten.

## **9. Verpflichtende Pädagogik- und Medienfortbildungen**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird dazu aufgefordert, seine LehrerInnen jährlich in Fragen der Pädagogik und dem Umgang mit neuen Medien fortzubilden. Für diese Fortbildungen soll weiteres Geld zur Verfügung gestellt werden.

## **10. Schulen der dänischen Minderheit in Sydslesvig**

Der Landtag Schleswig-Holstein und die Landesregierung werden aufgefordert, den Schulen der dänischen Minderheit in Sydslesvig wieder den gleichen ökonomischen Zuschuss wie den deutschen öffentlichen Schulen zukommen zu lassen.

## **11. Ersetzung der überflüssigen Vorabi-Klausur**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die bestmögliche Vorbereitung zum Abitur durch Anpassung der Klausurverordnung des Bildungsministeriums und Ersetzung der vierten Vorabi-Klausur zu gewährleisten.

## **12. Frühere Einführung des Faches „Wirtschaft/Politik“**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, dass das Unterrichtsfach „Wirtschaft/Politik“ ab der Sekundarstufe 1 mit durchgehendem Unterricht eingeführt wird und mehr auf die aktuelle Politik eingegangen wird.

## **13. Allgemeine Medienverbote an weiterführenden Schulen stoppen**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, allgemeine Medienverbote außerhalb des Unterrichts an weiterführenden Schulen zu untersagen.

## **14. Mehr Zeit für Schülervertretung**

Der Landtag Schleswig-Holstein und die Landesregierung werden aufgefordert, statt der bisher im Schulgesetz vorhergesehenen zwölf Unterrichtsstunden pro Schuljahr, die ein Schülersprecher/eine Schülersprecherin für seine bzw. ihre Arbeit in Anspruch nehmen darf, in Zukunft die dreifache Anzahl zu gewähren. Dieselbe Vervielfältigung soll auch für Kreisschülersprecherinnen und Kreisschülersprecher sowie Mitglieder des Landesvorstands der Schülervertretung gelten. Für jegliche weitere Unterrichtsstunden, die für Schülervertretungsarbeit genutzt werden sollen, müssen schulinterne Regelungen, beispielsweise für eine eventuelle Abmeldepflicht, getroffen werden.

## **15. Kostenlose Nutzung sauberer Toiletten**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, ein Verbot von kostenpflichtiger Toilettennutzung an Schulen aufzustellen.

## **„Wirtschaft, Verkehr, Energie“**

### **16. Zuschuss für Unternehmen, die Fachkräfte ausbilden**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Unternehmen, die Fachkräfte ausbilden und/oder ihren Mitarbeitern die Möglichkeit zu einer ähnlichen Weiterbildung geben, durch einen Zuschuss zum Gehalt der Auszubildenden bzw. Studenten zu unterstützen.

### **17. Ausschreibung für die Bewirtschaftung der Bahnstrecken**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Ausschreibung für die Bewirtschaftung der Bahnstrecken so zu gestalten, dass ein regelmäßiger, ausfallfreier Betrieb gewährleistet wird, durch höhere Sanktionen bei Ausfall.

### **18. Schülerbeförderung**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die kostenlose Beförderung von schulpflichtigen SchülerInnen, die mehr als 5 Km direkten Anfahrtsweg haben, zu gewährleisten, wenn sich in näherer Distanz keine Schule gleicher Art befindet.

### **19. Subventionen von Biogasanlagen einschränken**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, ausschließlich Biogasanlagen zu subventionieren, in welchen die Abwärme genutzt wird und Rest- und Abfallstoffe verwertet werden.

### **20. Anlieferungen von Biomasse für Biogasanlagen auf einen 50 km-Radius einschränken**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den Transport von verwertbarer Biomasse zu Biogasanlagen nur noch in einem Umkreis von 25 km zu erlauben.

### **21. Biosprit E 10 wieder abschaffen**

Der Landtag in Schleswig-Holstein und die Landesregierung werden aufgefordert, den Anfang des Jahres 2011 eingeführten Biosprit E10 abzuschaffen, da er seinen Zweck nicht erfüllt.

## **„Jugend- und Sozialpolitik, Inneres, Recht“**

### **22. Fördersätze für Vereine und Verbände**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, die Fördersätze für Vereine und Verbände, die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind, zu erhöhen und im Weiteren an die Steigerung der Lebenshaltungskosten jährlich anzupassen. Verbände und Vereine, die sich besonders für Kinder und Jugendliche in sozialer Not beziehungsweise deren Interessen einsetzen, sollen bevorzugt werden.

### **23. Finanzielle Unterstützung für politische Jugendarbeit**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, weiterhin finanzielle Unterstützung für politische Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.

### **24. Mehr Sozialpädagogen zur Verfügung zu stellen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, mehr Sozialpädagogen zur Verfügung zu stellen, weil es immer mehr Problemschüler auf den Schulen gibt.

## **25. Kostenlose Schulutensilien für sozial schwache Kinder**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Schulen dazu anzuhalten, die zur Verfügung stehenden Mittel insbesondere dafür einzusetzen, Schulutensilien für sozial und finanziell schwache Kinder und Jugendliche in ausreichendem Maße bereitzustellen. Diese finanziellen Mittel sind in ausreichender Weise vom Land zur Verfügung zu stellen.

## **26. Erleichterung der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene**

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, § 47 d-f der Gemeindeordnung dahingehend anzupassen, dass die Bildung von Jugendbeiräten bzw. das Ausstatten jugendlicher Schülervertreter mit passiven, politischen Rechten wie Antragsrechten auf kommunaler Ebene erleichtert wird. Denkbar wäre eine Koppelung der durch die SV-Satzungen und Schulgesetze definierten repräsentativen Aufgaben von Schülersprechern und SV-Präsidenten an den politischen Austausch zwischen Schülern und Kommunen.

## **27. Wahlrecht ab 16 bei Landtagswahlen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, Jugendlichen ab Vollendung des sechzehnten Lebensjahres das Wahlrecht bei Landtagswahlen zu geben.

## **28. Abschaffung der MESZ (Sommerzeit)**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich für eine Abschaffung der MESZ (Sommerzeit) auf Europaebene einzusetzen.

## **29. Unabhängige Untersuchungskommission für Software bei der Telekommunikationsüberwachung**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, eine unabhängige Untersuchungskommission zur Verfassungskonformität der im Rahmen der Quellen-Telekommunikationsüberwachung eingesetzten Software einzusetzen.

## **30. Auf Möglichkeiten der Blutspende an Schulen aufmerksam machen**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, in Schulen auf die Notwendigkeit von Blutspenden aufmerksam zu machen und spezielle Programme für volljährige Schüler zu fördern/zu entwickeln, die ihnen über die Schulen die Möglichkeit zur Blutspende geben.